



Bayern
Info

Mitteilungsblatt des
Deutschen Freidenkerverbandes
Landesverband Bayern

Nr. 2/2017

Nürnberg: Abschiebung eines jungen Afghanen vorläufig verhindert

Schüler zeigen Zivilcourage

Die Regierung von Mittelfranken veranlasste die Polizei den 20-jährigen Afghanen Asef in „Gewahrsam“ zu nehmen, um ihn nach Frankfurt zu einer Massenabschiebung zu transferieren. Diese versuchte in Zusammenarbeit mit der Schulleitung der Berufsschule in Nürnberg-Schoppershof den Schüler diskret aus dem Unterricht heraus abzugreifen. Aufmerksame und solidarisch agierende Mitschüler versuchten diese unmenschliche Aktion zu verhindern und sorgten damit für Aufsehen.

Es ist bekannt, dass die zuständigen staatlichen Stellen mit unmenschlich schludrigen Verfahren gegen um Asyl- und Bleiberecht nachsuchende Flüchtlinge vorgehen. Augenscheinlich ist auch, dass die bayrische Staatsregierung durch abstoßend rigide Methoden bei der Abschiebung von Flüchtlingen auffällt. In diesem Falle war es kein Fußball spielender und ministrierender Senegalese, den man nicht mehr loskriegt, sondern ein junger Afghane, der eine vorbereitende Maßnahme an der Berufsschule für eine in Aussicht gestellte Schreinerlehre besuchte. Und den man unbedingt loswerden wollte.

Deshalb beorderte der Konrektor der Schule den jungen Mann während des Unterrichts in einen anderen Raum, wo Polizeikräfte warteten, ihn festzunehmen, um ihn nach Frankfurt zu einem dort bereits wartenden Abschiebeflieger zu verschleppen. Misstrauisch gewordene Schüler entdeckten diese Aktion und verhinderten zunächst die Abfahrt des Polizeifahrzeuges, mit dem der Zwanzigjährige weggebracht werden sollte, durch eine Sitzblockade. Mittels sozialer Medien suchten die Berufsschüler um Unterstützung auch von Nichtbesuchern der Schule nach.

Das aus Erlangen herbeigerufene „Unterstützungskommando“ der Polizei, eine martialisch anmutende, für ihr auf Krawall gebürstetes Auftreten bekannte Truppe, machte dann auch kurzen Prozess. Schlagstöcke, Pfefferspray, Polizeihunde wurden eingesetzt um Schüler und herbeigeeilte Jugendliche

zu misshandeln. Den Jugendlichen sollte wohl gezeigt werden, welche Folgen Aufmüpfigkeit gegen die Obrigkeit nach sich zieht.

Ätzend sind die Versuche vom bayrischen Innenminister Joachim Herrman und seinem Polizeistab, linken Autonomen die Schuld an polizeilicher Entgleisung mit trögen Phrasen in die Schuhe zu schieben. Den jungen Flüchtling versucht er zu desavouieren, indem er ihn mangelnde Kooperation mit den auf Vergrämung gepolten Behörden unterstellt.

Derweil wird der Versuch dieser Abschiebung von gerichtswegen als nicht rechtens eingestuft, was wiederum Empörung und Mißmut im Innenministerium hervorrief.

Ebenfalls bemerkenswert ist, dass das bereit stehende Flugzeug zum Zwecke der Massenabschiebung in das sichere Herkunftsland Afghanistan nicht startete, weil fast gleichzeitig zu den Vorgängen in Nürnberg ein Attentat auf die deutsche Botschaft in Kabul mit mehreren Todesopfern stattfand.

Laut Bundesinnenminister Thomas de Maiziere war es den Mitarbeitern in der deutschen Botschaft unter diesen Umständen nicht zumutbar, die dort aus Deutschland abgeschobenen Flüchtlinge abzuwickeln.

Hugo Putearius, Nürnberg

Auszug aus einem Interview mit dem Freidenker Bernd Duschner, Pfaffenhofen

Syrien geht uns alle an – es ist unser Krieg

Warum gibt es bis jetzt in Deutschland noch keine breite Solidaritätsbewegung für Syrien? Welche Rolle spielen hier unsere Medien?

Unsere Medien haben die Kämpfe in Syrien seit Beginn 2011 bewusst falsch als Bürgerkrieg zwischen einem „Diktator“ und seinem Volk dargestellt. Die Regierungen in Washington, Paris, London und Berlin hätten mit dem Krieg nichts zu tun. Tatsächlich aber handelt es sich um eine seit langem geplante Aggression der Nato-Staaten mit den USA an der Spitze. In der Vorbereitung wurden mögliche Schwachpunkte Syriens gründlich analysiert. (3)

Der syrische Staat soll entlang ethnischer und religiöser Bruchlinien zerschlagen werden. Dazu wurden Sunniten gegen Alawiten und Christen, Kurden gegen Araber aufgehetzt. Der breiten Mehrheit unserer Bürger ist nicht bekannt, dass die USA und ihre Verbündeten, Türkei, Saudi-Arabien und Katar, Terrorgruppen gegen die Regierung in Damaskus rekrutieren, mit modernsten Waffen ausrüsten und begleitet von ihren eigenen Spezialkräften nach Syrien einschleusen. ISIS und Al Nusra sind das Ergebnis dieser Unterstützung. Al Nusra, die zahlreiche Christen und Alawiten abgeschlachtet hat, leistet, so 2013 der damalige französische Außenminister Laurent Fabius lobend "gute Arbeit".



Und die Bundesregierung, welche Rolle spielt sie?

Eine Schlüsselrolle! Was jedoch die breite Mehrheit unserer Bürger nicht weiß: Deutschland gehörte von Anfang an zu der Staatengruppe mit dem verlogenen Namen „Freunde Syriens“, die sich das Ziel eines gewaltsamen Sturzes der Regierung in Damaskus gestellt hatte. Gemeinsam haben sie auf ihrer Tagung in Doha 2013 beschlossen (5), unter Bruch des Völkerrechts die syrische „Opposition“ mit Waffen zu beliefern. Die Bundesregierung hat 2012 die diplomatischen Beziehungen zu Syrien abgebrochen und eigenmächtig den „Syrischen Nationalrat“, als legitimen Vertreter des syrischen Volkes anerkannt. Dessen Mitglieder lebten fast alle bereits seit Jahrzehnten im Exil und sind der syrischen Bevölkerung völlig unbekannt. Weil dieser „Nationalrat“ über keinerlei Rückhalt in Syrien verfügte, forderte er von Anfang an eine ausländische militärische Intervention. Siegestrunken ließ die Bundesregierung bereits die Stiftung „Wissenschaft und Politik“ in Berlin gemeinsam mit syrischen „Oppositionellen“ ein Programm für den Umbau der syrischen Wirtschaft zu einer Marktwirtschaft nach ihren Vorstellungen ausarbeiten. Zur Durchsetzung des gewünschten „Regime-change“ setzte sie vor allem auf die Wirkung der umfassenden

Wirtschafts- und Finanzsanktionen, die sie seit 2011 auf EU-Ebene gegen Syrien durchgesetzt hatte. Durch sie wurde die syrische Wirtschaft planmäßig lahm gelegt, Massenarbeitslosigkeit geschaffen und die syrische Bevölkerung in Armut und Elend gestürzt.

Nach Aussage der Bundesregierung sind die Sanktionen nur gegen die Regierung Assad gerichtet. Wie funktionieren die Sanktionen und welche Überlegungen stehen hinter dieser „Strategie“?

Die Auslandsguthaben Syriens und seiner Firmen wurden „eingefroren“. Die Importe von syrischem Rohöl in die EU, bei weitem wichtigster Devisenbringer des Landes, wurden verboten. Das Land soll an keine Devisen kommen, damit es die für den Betrieb seiner

Wirtschaft und zur Versorgung seiner Bevölkerung notwendigen Rohstoffe und Industrieprodukte am Weltmarkt nicht einkaufen kann. Exporte nach Syrien, insbesondere von Treibstoff und Heizöl, sowie Ausrüstung und Technologie für die Förderung und Raffination von Erdöl und für Kraftwerke zur Stromgewinnung und vieles mehr sind untersagt.

Ohne Treibstoff und Strom, so das infame Kalkül, müssen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, Handwerk und Industrie zum Erliegen kommen. Höhnisch hat die Tagesschau deshalb bereits am

22. Februar 2012 gefragt: „Wie lange hält das Assads Wirtschaft durch? (...) Jetzt geht es Syriens Wirtschaft schlecht. 30 Prozent der Menschen lebten bereits vor dem Volksaufstand von nicht viel mehr als einem Euro am Tag. Die Inflation galoppiert. Lebensmittel sind doppelt so teuer, Diesel und Importe knapp. Strom wird selbst in Damaskus drei Stunden täglich abgeschaltet, anderswo länger. Ausländische Hilfe, auch deutsche, ist fast eingestellt, das Personal abgezogen.“

Der syrischen Bevölkerung wurden mit den Sanktionen Daumenschrauben angelegt. Sie soll gezwungen werden, gegen die eigene Regierung aufzustehen. Die Sanktionen gelten nur für die Gebiete unter Kontrolle der Regierung. Dadurch sollen zusätzlich separatistische Kräfte zur Abspaltung von Damaskus ermutigt werden. Die syrischen Kirchen, Gewerkschaften und Hilfsorganisationen fordern deshalb seit Jahren eindringlich die Aufhebung der Sanktionen. Sie wäre die Grundvoraussetzung für eine Verbesserung der Versorgungslage der Bevölkerung und für den Wiederaufbau von Infrastruktur und Industrie.

(Das vollständige Interview finden Sie im Online Magazin „RUBIKON“/Der Auszug wurde von Bernd Duschner autorisiert)

Bundestagswahl 2017:

Spieglein, Spieglein an der Wand...

Der 1988 gegründete Verein „Mehr Demokratie“ stellte nun auch in der Nürnberger Fußgängerzone seinen 2,60 Meter hohen und 4,0 Meter breiten Spiegel auf. Der Souverän sollte sich darin betrachten und seine Rolle als solcher erkennen. Ziel des Vereins ist die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene. Eine Bundestagswahl steht bevor und deshalb posierten Kandidaten aller Couleur für die Presse vor ihrem Spiegelbild, selbst die Nürnberger FDP-Kandidatin Jasmin Laub, die den Souverän als noch nicht souverän genug einstuft und deshalb derlei als noch nicht notwendig erachtet.

Die Haltung der FDP zu diesem Thema ist durchaus Synonym dafür, wie die Parteien und ihre Vertreter mit dem Souverän allzugerne umgehen. Auch am Beispiel der Plakatwerbung der Parteien für die Bundestagswahlen ist ersichtlich, was man vom mündigen Bürger hält.

Ganz im Stile von Waschmittel- und oder Ayurveda-Reklame wirbt die FDP. Weichgezeichnet, im weißen Hemd, mit Dreitagebart und gesenktem Blick verkündet der FDP-Möchtegern-Hipster Patrick Lindner vom Großflächenplakat: „Ungeduld ist auch eine Tugend“. Dass die Sicherheit besser organisiert sein müsse als das Verbrechen, zeigt schon eher den Geist dieser rechtskonservativen Wirtschaftspartei und erinnert damit auf einem weiteren Poster schon mehr an die rechte Propaganda einer CSU oder AfD. Letztere nervt, das sei nur am Rande erwähnt, wie nicht anders zu erwarten, mit islamophoben und ausländerfeindlichen Parolen. Wer den Dreck entfernen oder unkenntlich machen will, muss in Nürnberg mit aufmerksamen Bürgern rechnen, die ob solchen subversiven Handelns die Staatsmacht rufen.

Der omnipräsente Cem Özdemir von den Grünen hausiert mit dem inhaltsschweren Satz: „Zwischen Umwelt und Wirtschaft gehört kein Oder“. Ob das wohl ein Hinweis auf den württembergischen Parteifreund Ministerpräsident Winfried Kretschmann und dessen Verbundenheit zu Daimler- Benz oder den Ex-Außenminister Josef Fischer und dessen Lobbyarbeit für BMW ist? Fest steht nur, dass ein weiteres Grünen Parteiplakat dieser Aussage widerspricht. Darauf ist zu lesen: „Entweder Schluss mit Kohle oder Schluss mit Klima“.



Ganz selbstvergessen werben die Sozialdemokraten unter anderem mit dem Slogan: „Damit die Rente nicht kleiner ist, wenn die Kinder groß sind...SPD“.

Damit die Rente nicht klein ist, wenn die Kinder groß sind.

Ziel für mehr Gerechtigkeit SPD

Die schwächelnde Schulz-Partei leidet offenbar an Demenz. Waren es nicht die SPD-Regierenden, welche die Durchschnittsrente auf Niedrigsniveau zusammengestrichen haben? Sind nicht die Sozialdemokraten und ihre Agenda 2010 verantwortlich für Dumpinglöhne, für Leiharbeit und aufgeweichten Kündigungsschutz und damit für vorprogrammierte Mini-

renten?

Angela Merkel gibt sich als ihr eigener Souverän. Sie wirbt für sich selbst, wenn sie unter ihr Konterfei in der dritten Person schreiben lässt: „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.“

Schade nur, dass auch Katja Kipping von den Linken sich dem Dadaismus der Wahlwerber nicht entziehen kann, wenn auf ihrem Plakat zu lesen ist: „Worum es mir geht: Du verdienst mehr“.

Diese Art Reklame ist mitunter das Ergebnis kreativ hirnender Mitarbeiter sündhaft teurer Werbeagenturen. Es ist aber auch die Widerspiegelung zur Marke heruntergekommener Parteien einerseits und eines abgestumpften Souveräns, der dem Ganzen mit Gleichgültigkeit zu begegnen scheint.

Es ist anzunehmen, dass die Mehrheit der Damen und Herren Kandidaten bei der Morgentoilette ihrem Spiegelbild wohlwollend und selbstzufrieden ins Gesicht schauen. Vielleicht fragt ja der eine oder die andere auch, frei nach Grimms Märchen: „Spieglein, Spieglein an der Wand; wer ist der größte Lump im Land?“

Vinzens vom Gänsberg, Nürnberg



Zweite Jugendfeier der Nürnberger Freidenker

„Ich bin froh, dass ich meine Tochter bei den Freidenkern zur Jugendfeier angemeldet habe“, war die Aussage einer Mutter nach Ende der Jugendfeier der Nürnberger Freidenker am 1. Juli. Sieben Mädchen und ein Junge nahmen an der diesjährigen Jugendfeier teil, über 120 Eltern, Familienangehörige, Freunde und Freundinnen feierten mit und waren begeistert von der Feier, die mit dem Improtheater „6-auf-Kraut“ einen humorvollen und lustigen Abschluss fand.

Voraus gegangen waren 7 Vorbereitungstreffen, auf denen sich die Jugendlichen kennen lernten, neue Erfahrungen sammelten und zu einem guten Team wurden.

Beim ersten Treffen hatten die Jugendlichen die Möglichkeit Demokratie zu üben. Sie konnten aus verschiedenen Vorschlägen wählen was ihnen wichtig war.

Dieses Konzept hat sich durch die ganzen Gruppentreffen und die Jugendfeier selbst gezogen. Die Jugendlichen wurden immer einbezogen und dazu angehalten, die Gruppentreffen und die Jugendfeier selbst mitzugestalten. So gab es einen Besuch in einer Wohngemeinschaft von jungen, unbegleiteten Flüchtlingen, ein Vortasten im Dunkelcafe beim „Erfahrungsfeld der Sinne“. Beim Bouldern wurden Geschicklichkeit und Kraft gemessen, im Theaterworkshop die eigene Wirkung erforscht, um nur einige Unternehmen zu nennen.

Auch die Eltern wurden bei der Vorbereitung und Durchführung der Jugendfeier einbezogen. Auf ihren Vorschlag hin gab es nach der offiziellen Feier von ihnen mitgebrachtes „Fingerfood“, das großen Anklang bei allen Teilnehmern fand.

Beim „Nachtreffen“ mit den Eltern und Jugendlichen wurden wir nochmals gelobt für die tolle Durchführung

musikandes
„Der andere 11. September“

Samstag,
28. Oktober 2017, 19.30 Uhr
Villa Leon (großer Saal)
Nürnberg, Phillip Koerber Weg



der Feier und es wurden bereits Anmeldungen von Geschwistern in den nächsten Jahren angekündigt. Ebenso waren sie einverstanden, zu Veranstaltungen der Nürnberger Freidenker eingeladen zu werden.

Marianne Do-Br./Franziska B., Nürnberg

Freitag, 13. Oktober 2017, 19.15 Uhr
Villa Leon, Nürnberg:
Veranstaltung mit Klaus Hartmann,
Vors. Deutscher Freidenkerverband e.V.

100 Jahre
Oktober
Revolution
100 Jahre Dekret für den Frieden

Impressum

Redaktion:
Reinhold Brunner
Redaktionsanschrift: Bayern-Info,
c/o. DFV-LV Bayern, Albrecht-Dürer-Str. 23, 85579 Neubiberg
Email: dtv-bayern@freidemker.de
Internet; www.bayern.freidenker.org

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Reinhold Brunner, Mathildenstrasse 37,
90489 Nürnberg

Konto des Landesverbandes Bayern:
IBAN: DE71 7008 0000 0411 6628 00